



Dienstag, 14. September 2021, 16:00 Uhr
~21 Minuten Lesezeit

Leben mit Apartheid

In einer Welt zunehmender Diskriminierung müssen Betroffene nach Auswegen suchen.

von Toralf Laibtzsch
Foto: Liudmyla Guniavaia/Shutterstock.com

Herbst und Winter stehen vor der Tür, und es werden nicht nur meteorologisch düstere Zeiten sein. Den Ungeimpften geht es an den Kragen und an den Geldbeutel. Die Tests werden kostenpflichtig, ihre Geltungszeit kürzer, und vielleicht wird man auch bald den Zugang zu ihnen erschweren. Was heute noch an jeder Ecke erhältlich ist, wird morgen vielleicht nur noch mit extrem viel Zeitaufwand und Mühe zu beschaffen sein. Gegebenenfalls werden Tests nur mit Termin und viel bürokratischem Aufwand zu organisieren sein, am besten noch ausschließlich per Online-Anmeldung über eine Gesundheits-App. Der Weg in die Sackgasse scheint vorgezeichnet. Was tun?

Der Autor spielt einige Optionen im Gedanken durch.

Von 3GG zu 3G

Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. So fordert es Artikel 3 des Grundgesetzes (GG). Der Staat ist danach aufgefordert, die Gleichbehandlung aller Menschen durchzusetzen und bestehende Benachteiligungen und Diskriminierungen zu beseitigen. Niemand darf wegen des Geschlechts, der Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer Anschauung oder einer Behinderung benachteiligt werden.

Mit einer Ausnahme: Er oder sie lehnt es ab, sich einen notzugelassenen experimentellen „Impfstoff“ gegen ein weitestgehend ungefährliches Virus spritzen zu lassen, ein Impfstoff zumal, der zwar völlig unbedenklich sein soll, für dessen dann eigentlich ja auszuschließende Folgeschäden aber niemand die Verantwortung übernehmen will, sodass die Staaten dieser Welt die Pharma-Unternehmen von jeglicher Haftung freistellten. Die Folge ist eine staatlich inszenierte und offenbar gut zu rechtfertigende Apartheidpolitik gegen alle, die sich nicht impfen lassen wollen.

Das Heimtückische an der Corona-Apartheid ist, dass sie als solche nicht offen ausgesprochen und anerkannt wird und folglich nicht die begrenzten Möglichkeiten zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben anbietet, wie wir sie aus anderen Apartheidsystemen kennen.

Das neuartige Virus und die neuartige Form der Apartheid

Dass Demokratien daran gemessen werden, wie sie mit ihren Minderheiten umgehen, wird die wenigsten Geimpften interessieren. Die bunte Pride-Gesellschaft kümmert sich zwar mitfühlend um jeden, der heute nicht weiß, welches Geschlecht er morgen gern hätte, aber die durch Corona injizierte, ganz offensichtliche Apartheid mag man nicht offen ansprechen. Aber man muss es auch gar nicht.

Denn anders als die Rassendiskriminierten in Soweto oder in den amerikanischen Südstaaten, die sich ihre Hautfarbe nicht aussuchen konnten, hat der Ungeimpfte schließlich die Wahl.

Er exkludiert sich quasi freiwillig aus der Gesellschaft. Also hat er auch kein Mitleid oder irgendwelche Rechte verdient.

In der Folge sind die Auswirkungen dieser Form der Apartheid in gewisser Weise drastischer als bei allen sonst bekannten Erscheinungsformen.

Wer nicht geimpft ist und sich in Innenräumen aufhält, muss sich testen lassen, wenn er dort mit anderen Menschen zusammentreffen könnte, so die **Ansicht der Bundesregierung** (<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1949532/d3f1da493b643492b6313e8e6ac64966/2021-08-10-mpk-data.pdf?download=1>), ab 11. Oktober dann auch auf eigene Kosten. Während also Kettenraucher kaum zu befürchten haben, für ihren Lebensstil vom solidarischgemeinschaftlichen Gesundheitssystem zur Kasse gebeten zu werden, dürfen Gesunde nun für Tests bezahlen, die nicht nur äußerst fragwürdig und überteuert sind, sondern auch noch regelmäßig und längerfristig durchgeführt werden müssen.

Nicht überraschend dürften sich gerade im Herbst und Winter nahezu alle Menschen fast ständig in besagten „Innenräumen“ aufhalten, und die meisten von ihnen können dabei den Kontakt zu

anderen nicht vermeiden. Mit Sicherheit betroffen ist der Besuch in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Innengastronomie, Sport- und Kulturveranstaltungen, Stadtfesten, Theatern, Kinos und so weiter oder die sogenannten körpernahen Dienstleistungen wie Friseure oder Kosmetik. Sportliche Betätigung im Innenbereich sowie Schwimmbäder, Sauna- und Wellnessbereiche, Sporthallen, Hotels und Beherbergungsstätten, touristische Bus- und Bahnreisen werden ebenfalls testpflichtig. Kurzum: Nahezu das gesamte gesellschaftliche Leben mit all seinen Freuden bleibt Ungeimpften ohne Test ansonsten verschlossen.

Für viele Ungeimpfte ergeben sich daraus existenzielle Fragen. Sie verlieren nicht nur fundamental an Lebensqualität, sie werden auch finanziell in Nöte geraten. Man mag vielleicht schweren Herzens auf das Fitnessstudio verzichten können, notfalls sogar auf den Friseur, nicht aber auf den Besuch der Eltern oder Großeltern im Pflegeheim oder des eigenen Kindes bei einer Sportveranstaltung.

Das Ziel der Regierung ist klar: Die Impfquote soll nun mit allen Anstrengungen und Schikanen erhöht werden. Es war auch absehbar, dass die vorangegangene Marketingoffensive mit Bratwürsten, Freibier, der Aussicht auf Lotteriegewinne und ähnlichen fragwürdigen Anreizen bestenfalls ein paar Minderbemittelte zur Impfung bewegen würde.

Die Impfquote wird nun neben der Hospitalisierung von Covid-19-Patienten wohl die wichtigste Kennzahl bei der Beurteilung der epidemiologischen Gefährdungslage sein. Damit steigt der Druck auf die Impfunwilligen weiter und mit ihm die Forderung nach einer Impfpflicht. Es ist angesichts dieser Entwicklung verlogen und scheinheilig, immer noch davon zu sprechen, dass keinerlei Impfzwang ausgeübt würde.

Der grüne Abgeordnete **Volker Beck**

https://twitter.com/volker_beck/status/1434072462124359683

fordert unverhohlen die Impfpflicht, da eine verantwortungslose Minderheit nicht die ganze Gesellschaft terrorisieren dürfe. Weitere dürften ihm folgen, je ungemütlicher das Wetter wird. Aber der Druck wird wohl auch ohne Impfpflicht weiter steigen.

Elemente der sogenannten Grundversorgung könnten unter die Räder kommen

Bisher konnten maskenbefreite Bürger sich in Supermärkten frei bewegen. Als Grundversorger konnten sich Lebensmitteleinzelhändler nicht auf ihr Hausrecht berufen. Aber wird dies gleichermaßen auch auf die nun eingeforderten Innenraumtests anwendbar sein?

Der aus dem energiewirtschaftlichen Bereich stammende Begriff der **Grundversorgung** (<https://de.wikipedia.org/wiki/Grundversorgung>) erscheint ohnehin interpretierbar. Die Corona-Verordnungen der Länder halten sich bei einer Definition oder Auslegung des Begriffes zurück. Zuweilen taucht er überhaupt nicht auf. Die sächsische Corona-Verordnung spricht an einer einzigen Stelle von **notwendiger**

Grundversorgung

(<https://www.coronavirus.sachsen.de/download/SMS-Saechsische-Corona-Schutz-Verordnung-2021-08-24.pdf>).

Wikipedia zufolge gehören zur Grundversorgung im Rahmen der Daseinsvorsorge alle öffentlichen Einrichtungen für die Allgemeinheit, also nicht nur Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung oder die Müllabfuhr, sondern auch Bildungs- und Kultureinrichtungen, von denen wir bereits wissen, dass sie für Ungeimpfte in naher Zukunft ohne kostenpflichtigen Test — und damit de facto für viele gar nicht mehr — zugänglich

sein werden. Nach einem VGH-Urteil wurden unlängst auch **Buchhandlungen** (<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/gericht-kassiert-corona-beschraenkungen-100.html>) aus der Grundversorgung ausgeschlossen.

Ob also weitere Grundversorgungsbausteine wie der öffentliche Nahverkehr oder eben auch der Zugang zu Grundnahrungsmitteln kippen, muss abgewartet werden. Überlegungen in diese Richtung scheint es bereits zu geben. So will Kanzlerin Angela Merkel prüfen lassen, die **3G-Regel auch für Bahnreisen und Inlandsflüge** (<https://de.rt.com/inland/123177-bericht-merkel-laesst-3g-regel-fuer-bahnreisen-und-inlandsfluege-pruefen/>) einzufordern.

Reisebusse praktizieren das bereits. Nur wird es — anders als in Nelson Mandelas Südafrika — keine gesonderten Sitzplätze, Eingänge oder Einrichtungen für die unterdrückte Minderheit geben. Es wird gar nichts geben, gar kein Angebot.

Der vor einigen Wochen in **Frankreich** (<https://de.rt.com/europa/123261-siebtes-wochenende-in-folge-proteste/>) eingeführte Gesundheitspass darf zwar nach Gerichtsentscheiden beim Zugang zur Grundversorgung nicht verlangt werden, allerdings findet die 3G-Regel in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens immer noch Anwendung, inklusive Einkaufszentren oder Reisen mit Zug oder Flugzeug.

Es war einmal „Gaudeamus igitur“

Wahrscheinlich wird es zukünftig keine Möglichkeit mehr geben, **als Ungeimpfter zu studieren** (<https://de.rt.com/inland/123140-vor-start-des-wintersemesters-wird-3g-an-universitaeten-zu-2g/>).

Versuchen Sie doch mal, Medizin, Bauwesen, Maschinenbau, Architektur, Sport oder Kunst ausschließlich online zu studieren. Präsenzveranstaltungen sind hier nicht nur sinnvoll, sondern

notwendig und sicher auch verpflichtend. Vor Beginn des Wintersemesters 2021 gab nun der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz Peter-André Alt aber ganz offen zu, dass die 3G-Regel faktisch zur 2G-Regel wird, da kaum ein Student bereit und in der Lage sein dürfte, sich permanent auf eigene Kosten testen zu lassen. Aber auch 2G sei keine Hürde.

Der Freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (FZS) — die nennen sich wirklich so — fordert das ohnehin. Der FZS vertritt als Dachverband immerhin über 90 Hochschulen aus ganz Deutschland. Dass auch diverse UniversitätsanführerInnen wie Joachim Hornegger von der Universität Erlangen-Nürnberg oder Sabine Kunst von der Humboldt-Universität zu Berlin die Studenten öffentlich drängen, ihren Beitrag zur Impfquote zu leisten, erhöht den Druck auf diese weiter. Und so überrascht es nicht, dass wohl an die 90 Prozent der Studierenden mit Semesterstart geimpft sein werden.

Schon häufiger dachte man angesichts absurd anmutender Maßnahmen, es könne nicht mehr schlimmer kommen, und dann kam es schlimmer.

So hat sich die baden-württembergische Landesregierung für den Fall einer „dramatischen Zunahme von Covid-19-Patienten auf den Intensivstationen“ **weitere Einschränkungen für Ungeimpfte** (<https://www.n-tv.de/regionales/baden-wuerttemberg/Eingriffe-fuer-Ungeimpfte-bei-dramatischen-Werten-geplant-article22767591.html>) vorbehalten. Im Gespräch sind Maßnahmen, die bis zum **Lockdown ausschließlich für Ungeimpfte** (<https://de.rt.com/inland/123264-medienbericht-baden-wuerttemberg-plant-lockdown/>) reichen und selbst negative Tests nicht mehr akzeptieren. Wie das zu kontrollieren ist, mag man fragen.

Aber auch daran wird gearbeitet. Australien, ohnehin auffällig bei

der Umsetzung besonders rigider Maßnahmen, prüft bereits den Einsatz einer **App, die Gesichtserkennung mit Geo-Daten verbindet** (<https://www.geospatialworld.net/news/australian-government-to-develop-a-smartphone-app-for-facial-recognition-and-gps-tracking-for-covid-19/>), sodass sich der Aufenthaltsort eines „Abgesonderten“ digital überprüfen ließe. Die Polizei hat ohnehin bereits **weitreichende Überwachungsbefugnisse** (<https://de.rt.com/international/123433-australische-polizei-bekommt-weitreichende-befugnisse-zum-ausspionieren-des-internets/>).

Versammlungen und Demonstration dürften weiter erschwert werden, da die Teilnahme an ihnen ebenfalls einen kostenpflichtigen negativen Test erfordern wird, ebenso wie die Teilnahme an **Gerichtsverhandlungen** (<https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Gericht-kann-Corona-Testpflicht-fuer-Verhandlungen-verhaengen,corona8646.html>) oder Bürgerversammlungen. Auch der Zugang zu Institutionen und Ämtern und vieles mehr könnte mit Testpflicht belegt werden. Aber dabei geht es ja noch nicht mal um Grundversorgung, sondern „nur“ um Grundrechte.

Auch die *Unternehmen* werden vermutlich nachziehen, so wie sie es bislang immer getan haben. In vielen Bereichen kann eine Präsenzpflcht der Arbeitnehmer angeordnet werden oder Homeoffice ist von vornherein nicht möglich. Ob die Unternehmen die Testkosten tragen, bleibt abzuwarten. Sollte der Arbeitnehmer sie tragen müssen, könnte es schnell finanziell eng und unerträglich werden. Und was dann? Kündigt der Arbeitnehmer selbst, wenn auch durch Testkosten genötigt, fällt er noch tiefer, bleibt für Monate ohne Arbeitslosenunterstützung ...

Im Übrigen wurde bereits beschlossen, dass der Bund die *Maßnahmen der Arbeitsschutzverordnung* anpassen wird. Dies gilt insbesondere für *betriebliche Hygienekonzepte* und die

Testangebotsverpflichtung. Wir dürfen gespannt sein, was das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sich einfallen lässt.

Es geht also ans Eingemachte.

Das in Hamburg bereits praktizierte 2G-Modell kann sich die Bundesregierung nach Ansicht der Bundesjustizministerin gut auch **landesweit** (<https://de.rt.com/inland/123196-bundesjustizministerin-hamburgs-2g-modell-bundesweit/>) vorstellen. Ebenso wenig hat der **Ethikrat** (<https://de.rt.com/inland/123141-ethikrat-2g-modell-ist-keine/>) ein Problem damit und sieht in 2G auch keine Impfpflicht durch die Hintertür. Denn: „Eine Pflicht ist etwas, dem man sich nicht entziehen kann“, so die Ethikrat-Vorsitzende Alena Buyx, die offensichtlich nicht verstanden hat, was mit „Hintertür“ gemeint ist.

Das **Netzwerk der kritischen Richter und Staatsanwälte** (<https://netzwerkkrista.de/2021/08/27/roland-stoebe-zur-zulaessigkeit-der-frage-des-arbeitgebers-nach-dem-impfstatus-des-arbeitnehmers/>) stellt daher auch treffend fest, dass eine Impfung nur frei und freiwillig sein könne, wenn sie nicht durch die Gefahr der Diskriminierung überlagert werde. Genau diese Diskriminierung ist inzwischen selbstverständliche, gelebte Praxis.

Am **Klinikum Ludwigshafen** (<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/ludwigshafen/impfstreit-am-klinikum-ludwigshafen-geht-weiter-100.html>) hatten sich etwa 300 Mitarbeiter geweigert, sich impfen zu lassen. Nun werden sie wegen ihres „verantwortungslosen Verhaltens“ den Patienten gegenüber von Gehaltserhöhungen, Führungspositionen und Fortbildung ausgeschlossen. Ein eklatanter Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), dessen Grundgedanken der Schutz

vor Diskriminierung ist. Doch Corona macht scheinbar alles möglich. Die Klinikmitarbeiter wollen sich nun zwar juristisch wehren, aber der Ausgang ist alles andere als klar. Auch Zeitarbeitsverträge wurden aus demselben Grund trotz Personalnot in einigen Bereichen nicht verlängert. So schafft man erst die Krise, mit der man später restriktive Maßnahmen rechtfertigt. Und sollten die freien Stellen nachbesetzt werden, darf man dreimal raten, welchen Impfstatus die Bewerber mitbringen müssen, zumal die **Abfrage des Impfstatus** (<https://de.rt.com/inland/123212-baden-wuerttemberg-abfrage-impfstatus-durch/>) — immerhin eines von der DSGVO besonders geschützten sehr persönlichen Datums — wohl bald ganz legal werden dürfte.

Was uns bevorstehen könnte ...

In Frankreich ist man da schon weiter. Die Impfpflicht von Beschäftigten im Gesundheitswesen besteht bereits und soll zunehmend auf andere Berufsgruppen ausgedehnt werden.

Noch radikaler geht es in Italien zu. Ein Lehrer ohne Zertifikat wird nach fünf Tagen suspendiert und die Lohnzahlung ausgesetzt. Die Lehrgewerkschaft ist vor Gericht bereits gescheitert. Der „Green Pass“ sei wegen der gefährlichen Epidemie zumutbar, ebenso, dass Impfverweigerer die Covid-Tests aus der eigenen Tasche bezahlen.

Ministerpräsident Mario Draghi will Italiens bereits stattliche Impfquote von über 70 Prozent innerhalb dieses Monats auf 80 Prozent steigern. Seine Hoffnung ist berechtigt, denn insbesondere die Jüngeren seien „fleißig“ dabei. Die Lehrkräfte seien sogar zu über 90 Prozent geimpft. Umfragen zufolge könnte dieser Wert bald landesweit erreicht werden. Doch das reicht Draghi nicht.

Vorbei die Zeiten, als man über Herdenimmunität sprach, die bei

einer Durchimpfungsquote von 70 bis 80 Prozent erreicht wäre und dann die Aufhebung aller Maßnahmen zur Folge hätte. Draghi strebt die 100 Prozent an. Sollte die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA Impfstoffe regulär zulassen, und nicht wie bisher nur eingeschränkt, dann würde Italien die **Impfpflicht einführen** (<https://www.nau.ch/news/europa/draghi-stellt-impfpflicht-fur-alle-italiener-in-aussicht-65994909>). Doch anders als das *Redaktionsnetzwerk Deutschland* es tut, kann man kaum von **Tabubruch** (<https://www.rnd.de/politik/corona-italiens-regierung-erwaegt-einfuehrung-allgemeiner-impfpflicht-2MNM3FA3WJFDFLC2OD3JDZYAOI.html>) sprechen. Was Kritiker schon früh befürchteten, wird nun wahr.

Tabus gibt es bei Corona nicht

Auch in den **USA** (<https://de.rt.com/nordamerika/123468-bidens-top-coronavisor-fauci-zwangsimpfungen/>) wird die Zwangsimpfung immer salonfähiger. Der Bundesstaat Washington (hier ist Bill Gates zu Hause) hat als erster Staat eine Impfpflicht für Lehrer und andere Schulangestellte eingeführt. New York City zieht nach. Wer bis Mitte Oktober nicht geimpft ist, müsse mit einer Kündigung rechnen. Auch Kalifornien und New Jersey drängen zur Impfung, bieten aber (noch) die Alternative der Testung an.

Der oberste Coronavirus-Berater der US-Regierung, Dr. Anthony Fauci, hält **Zwangsimpfungen gegen Covid-19 für Kinder** (<https://de.rt.com/nordamerika/123468-bidens-top-coronavisor-fauci-zwangsimpfungen/>) unter zwölf Jahren ganz unverblümt für eine „gute Idee“. Nun ist es nicht ganz unbedeutend, welche „guten Ideen“ Fauci gerade hat und öffentlich äußert, denn sie können schon morgen schlimme Realität werden. Ob es dann tatsächlich kommt, läge an den Daten. Aber da sei er zuversichtlich.

In den USA fordern auch immer mehr Unternehmen und Institutionen von ihren Mitarbeitern, sich impfen zu lassen. Bei Neu-Einstellungen wird dies Bedingung, bei bestehenden Arbeitsverhältnissen droht die Kündigung, für Armee-Angehörige die unehrenhafte Entlassung.

Die Mutigen von der Swiss

Insbesondere Mitarbeiter von **Fluglinien**

(<https://www.cnbc.com/2021/08/25/delta-air-lines-unvaccinated-employees-will-face-200-fees-if-they-dont-get-covid-vaccine.html>) sehen sich zunehmend dem Impfdiktat ausgesetzt. So wollen praktisch alle US-amerikanischen Airlines ihre Mitarbeiter zur Impfung verpflichten. Delta Airlines sieht zunächst davon ab, fordert aber von ungeimpften Mitarbeitern, monatlich 200 Dollar zusätzlich in die Krankenversicherung einzuzahlen.

Das fliegende Personal der **Swiss Air**

(<https://www.dieostschweiz.ch/artikel/bei-der-swiss-wird-opposition-gegen-die-impfpflicht-laut-EmzXjBY>) muss sich bis Mitte November impfen lassen. Das Unternehmen begründet das elegant mit Einreisebestimmungen im Ausland. Nun aber wehren sich mehrere Hundert Mitarbeiter. Sie fürchten, die Impfung könne die Flugsicherheit gefährden — ganz abgesehen von der eigenen. Fast still und heimlich haben sie zueinandergefunden.

Bezeichnenderweise traut sich niemand, die Unternehmensführung direkt anzusprechen. Aus Angst um den Job. Und so versuchen sie es nun über einen Dritten, der als Sprecher mit der Swiss-Führungsetage in Kontakt tritt. Als Anlaufstelle für Gleichgesinnte haben sie die Website **Airliners for Humanity** (<http://airlinersforhumanity.com/>) entwickelt, allerdings nicht ohne sich auf der Startseite von Impfgegnern und Corona-

Skeptikern zu distanzieren. Das gehört sich heute so.

Im **Blog** (<https://airlinersforhumanity.com/2021/09/01/nein-wir-sind-nicht-verantwortungslos-wir-wollen-antworten-wir-wollen-sicherheit/>) der Website geht es dann aber doch zur Sache. Der neuentwickelte mRNA-„Impfstoff“ wird mit dem MCAS (Maneuvering Characteristics Augmentation System) verglichen. Auch das von Boeing entwickelte System wäre völlig neu gewesen. Es sollte das Flugzeug in bestimmten Situationen automatisch lenken und so Unfälle vermeiden. Auch beim MCAS musste es schnell gehen. Auch hier wurde nicht sehr lange getestet.

Die Piloten wussten nicht, wie es funktionierte und wie man es ausschalten konnte. Die Folge waren gleich zwei fatale Abstürze von nagelneuen Flugzeugen und knapp 350 Todesopfer. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, dass die Zulassungsbehörde nicht unabhängig gewesen war. Welcher Passagier würde mit diesem Vorwissen in ein solches Flugzeug steigen?

Trotz überzeugender Argumente stehen Piloten und Flugpersonal an der Wand: Impfung oder Ausgrenzung. Events, die der Teambildung dienen sollen, bleiben den Ungeimpften verschlossen. Der selbstbezahlte PCR Test reicht nicht mehr.

Die Apartheid-Pioniere

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass einzelne Länder hinsichtlich der Einführung besonders restriktiver Maßnahmen und gesetzlicher Regelungen vorpreschen und zu Vorbildern für alle anderen werden. Zu diesen Ländern zählen ganz offensichtlich Israel, Australien, die USA, da vor allem die demokratisch regierten Staaten, und in Europa vor allem Frankreich und Italien, aber auch Deutschland und Österreich.

In einigen Fällen nimmt die Apartheid geradezu groteske Züge an. Im US Bundesstaat Washington, wie bereits erwähnt die Heimat von Bill Gates, verweigerte ein Krankenhaus einem Patienten die **Herztransplantation** (<https://de.rt.com/nordamerika/122695-us-krankenhaus-setzt-patienten-unter-druck-ohne-impfung-kein-neues-herz/>), weil er nicht geimpft war und dies auch aus guten Gründen nicht vorhatte.

Dennoch bleibt bei alldem schwer vorstellbar, dass Impfverweigerer in Deutschland irgendwann abgeführt und mit Gewalt geimpft werden. Gut vorstellbar sind hingegen Berufsverbote, Kündigungen, Bußgelder und allerlei repressive Maßnahmen. Ein nicht erheblicher Teil wird aber sich aber standhaft der Impfung verweigern und mit der Apartheid arrangieren müssen.

Was tun? Die Alternativen im Umgang mit der Apartheid

Natürlich kann man hoffen, dass die angestrebten 3G- und 2G-Vorhaben an der praktischen Umsetzung scheitern. Darauf verlassen sollte man sich nicht.

Anders als die rassendiskriminierte Bevölkerung in Georgia oder Johannesburg stellen die Ungeimpften in Deutschland — wie auch das Beispiel der Studierenden anschaulich zeigt — eine zunehmend vernachlässigbare Minderheit dar.

Wir müssen deshalb anerkennen, dass Ungeimpfte wenig gesellschaftliches oder politisches Interesse zu erwarten haben. Die Politik wird sich um die Belange und Wünsche der geimpften Mehrheit kümmern. Im Folgenden werden vier Alternativen zum Handeln kurz skizziert.

Alternative 1: Offen gelebte Apartheid einfordern

Theoretisch denkbar wären Supermärkte, Geschäfte, Restaurants, Kinos, Theater für Ungeimpfte, ebenso wie gesonderte Wartebereiche, Zugabteile, Strandabschnitte, Stadionsitzreihen, getrennte Räume und Sitzecken in Restaurants, separate Ein- und Ausgänge und Toiletten, spezielle Öffnungszeiten, eigene Schulen und Kindergärten sowie klar als solche erkennbare Dienstleister, Ärzte, Anwälte, Lehrer, die auch oder ausschließlich Ungeimpften zur Verfügung stehen. Die **Sitzordnung im Mitarbeiterrestaurant** (<https://www.nordkurier.de/aus-aller-welt/ungeimpfte-muessen-getrennt-von-kollegen-essen-0745014709.html>) der Uniklinik Halle (Saale) erinnert bereits genau daran. Ein übergroßes Hinweisschild weist Ungeimpfte auf ihren Sitzbereich hin. Volle Transparenz. Klare Verhältnisse.

Wir Ungeimpften könnten das offensiv vertreten. Denn ihr, die Geimpften bräuchtet doch vor uns keine Angst zu haben. Was ist also euer Problem? Dass wir am Ende der Gesellschaft auf der Tasche liegen könnten? Dass wir die Intensivstationen verstopfen? Wenn ihr von Einheit und solidarischem Miteinander redet, wie zuletzt auf eurer **„Unteilbar“-Demo** (<https://reitschuster.de/post/kaum-interesse-an-unteilbar-in-berlin/>), dann schließt ihr uns dabei demonstrativ aus. Ihr würdet doch sowieso an uns anstandslos die Triage verüben. Also nehmen wir das in Kauf und in den „Gesellschaftsvertrag“ mit euch auf. Wir würden ohnehin zu Anti-Apartheid-Ärzten gehen, die wir dann ganz offiziell finden könnten, und notfalls in unsere Anti-Apartheid-Krankenhäuser.

Wir haben der Gesellschaft keine milliardenschweren Vakzine gekostet, nicht mit unzähligen Masken die Umwelt verschmutzt, keine massenhaften Tests verbraucht. All das haben wir aber mit unseren Steuergeldern unfreiwillig mitfinanziert. Im Sinne eines fairen Lastenausgleichs hätten wir eigentlich ein fettes Guthaben.

Wir hätten ein eigenes Gesundheitsbudget verdient, das wir für andere, wirklich wichtige Dinge einsetzen könnten.

Aber natürlich ist all das nicht mehr als ein utopisches Gedankenspiel, weder politisch umsetzbar noch von den meisten Ungeimpften gewünscht. Daran ändert auch nichts, dass es gute Beispiele für autonome Gesellschaftsformen gibt wie das der Amish People in Pennsylvania. Nur haben die eine 200-jährige gewachsene Geschichte. Ansonsten reicht es über besetzte Häuser oder autonome Stadtteile (Christiania), mehr oder weniger geduldet von der Obrigkeit, kaum hinaus.

Die Propagandisten der Impfung und der Maßnahmen würden das offen zur Schau gestellte Anderssein in autonomen Gebieten für Ungeimpfte nicht nur nicht zulassen, sondern bekämpfen und jeden Versuch unter Strafe stellen. Zugleich dürften sich viele Ungeimpfte einer offenen Separierung wohl verweigern, weil sie in ihr keine gesellschaftliche Alternative sehen.

So war auch wenig glaubhaft, dass sich ausgerechnet Markus Söder für den Bau einer Stadt oder eines Dorfes für Ungeimpfte ausgesprochen haben sollte, obwohl man ihm inzwischen vieles zutraut. Aber da erscheinen seine Hoch-Radwege durch München doch realistischer.

Auch bezüglich der bereits im Frühjahr 2020 veröffentlichten Abschirmungskonzepte (**Shielding** (<https://www.cdc.gov/coronavirus/2019-ncov/global-covid-19/shielding-approach-humanitarian.html>)) der US-Gesundheitsbehörde CDC dürfte es sich um ein Missverständnis handeln, wenn man dabei an eine gesellschaftliche Alternative für Impfgegner in einer Art Reservat dachte. Vielmehr handelt es sich um ein Hygienekonzept zur vorübergehenden Isolierung von Hochrisikopersonen, solange es an ausreichenden Krankenhauskapazitäten fehlt und Impfstoffe oder therapeutische

Optionen nicht zur Verfügung stehen. Dass man diesen Ansatz auch gegen Impfunwillige missbrauchen kann, steht außer Frage.

Alternative 2: Auswandern

Die Protagonisten der Querdenker-Bewegung Michael Ballweg und Bodo Schiffmann wurden unlängst um Mithilfe zum Aufbau eines Fluchtnetzwerkes gebeten. Schiffmann selbst war zwischenzeitlich in Tansania und sein Verbleib dort schien ungewiss.

Auswandern mag für wenige ganz besonders Frustrierte und Gepeinigte der letzte persönliche Ausweg sein, sofern sie es sich leisten können und ihnen die sonstigen Verhältnisse im Zufluchtsland relativ egal sind oder im Verhältnis zu Deutschland als geringeres Übel erscheinen.

Gegebenenfalls erwarten einen noch viel schlechtere Krankenversicherungs- und Sozialsysteme, aufgrund nicht vorhandener Staatsbürgerschaft diverse rechtliche Einschränkungen, Korruption und Bürokratie, Kriminalität, Verständigungsschwierigkeiten, Probleme bei der Suche nach Arbeit und einer Schule für die Kinder. Ganz essenzielle Themen.

Wer sich in Vor-Corona-Zeiten mit dem Gedanken des Auswanderns befasste, hatte vorzugsweise Länder wie die USA, Kanada, Australien, Spanien oder die Schweiz im Auge, alles Länder, die heute in Bezug auf ihre Corona-Politik kaum reizvollere Alternativen zu Deutschland darstellen.

Interessanter erscheinen den Ausreisewilligen daher Länder mit gemäßigter Corona-Politik wie die des ehemaligen Ostblocks oder afrikanische Staaten, nicht selten regiert von Autokraten. Doch selbst, wenn man das Glück haben sollte und die Integration dort gelingt, wer sagt einem, dass dieses Glück anhält und nicht morgen eine neue Regierung eine Politik macht, vor der man gerade

geflohen ist?

Insbesondere Corona zeigt doch, in welch relativem Gleichschritt die Regierungen der Welt agieren, wenn auch manchmal zeitversetzt. Waren Thailand oder Indonesien noch vor einem Jahr relativ gemäßigt, so sind sie inzwischen unerträglich geworden.

Attraktive Zufluchtsorte — sollte es sie tatsächlich geben — könnten zudem entsprechende Massenbewegungen auslösen und hätten schnell politische Gegenreaktionen zur Folge.

Ein Israel, wie es den Juden nach dem Zweiten Weltkrieg vergönnt war, wird es genauso wenig geben wie ein Madagaskar, das noch zu Kriegszeiten von den Nazis als Deportationsort für Millionen Juden angedacht war.

Die Ungeimpften dieser Welt werden in der überwiegenden Mehrheit in ihren Ländern verbleiben müssen und sich bestenfalls vereinzelt in eine impfgegnerfreundlichere Diaspora verstreuen. Dem hiesigen Dilemma kann man nicht entfliehen.

Und so bleibt Auswandern eine aus Wut, Resignation und Angst geborene Idee, die bereits nach kurzem intensiverem Nachdenken von den allermeisten wohl verworfen werden dürfte.

Alternative 3: Selbstisolation und gesellschaftliche Totalverweigerung

Natürlich kann man sich schon jetzt auf harte Zeiten einstellen, danach leben und irgendwie hoffen, dass sie auch wieder vorbeigehen. In Teilen mag das bereits gelebte Realität sein, eine Annäherung an zu erwartende Katastrophenbedingungen mit Konserven, Wasservorrat, Survival-Kits, Notstromaggregat und Weltempfänger. Erweiterte Selbstversorgung aus Garten und Balkon, maximal noch Online-Einkauf von Lebensnotwendigem, bewusster Selbstentzug von allem, was aktuell als gesellschaftliches

Leben präsentiert wird: Sport, Kultur, Medien, Bildung, alles — kein Kompromiss, nicht Teil werden und damit Unterstützer einer „Brot- und-Spiele“-Politik der herrschenden Mächte.

Am Ende ist das alles aber keine gesellschaftliche Alternative, auch keine individuelle ... Denn das ist kein Leben. Es endet in Unzufriedenheit und Depression.

Temporäre Auszeiten einzelner Gruppen werden relativ wirkungslos verpuffen. Deren Hoffnung auf eine millionenfache Beteiligung in der Bevölkerung ist unrealistisch. Der Verweigerung sind Grenzen gesetzt: Wir müssen im Alltag immer noch irgendwie klar kommen, unseren Berufen nachgehen, unseren Lebensunterhalt verdienen, unsere Familien ernähren, und wir sind und bleiben in vielen Lebenssituationen auf bestehende gesellschaftliche Strukturen angewiesen. Für Familien mit Kleinkindern ist Selbstisolation erst recht keine Option.

Alternative 4: Aufstehen und Mitmachen

Wir Selbstdenker stehen heute auch deshalb dort, wo wir stehen, weil uns dieses Land bei aller Kritik an ihm und seinen politischen Anführern etwas bedeutet.

„Deutschland (Verlassen von allen guten Geistern)

<https://www.youtube.com/watch?v=PbwVLxvLLI4>“, nannte Heinz Rudolf Kunze vor knapp 40 Jahren sein Deutschlandlied — ein Titel, der heute nicht passender sein könnte. Als wäre die Zeit stehen geblieben.

„Ich möchte eine Heimat haben, ist denn das zu viel verlangt von diesem Fleck, auf dem ich stehe?“, sang Kunze damals „... und wiederkommen wollen, wenn ich gehe.“

Ja, wir sind auch heute „von schweren Schatten lückenlos umstellt“,

aber wir, die wir von den Ereignissen zunehmend eingeengt werden, wir müssen uns engagieren und wehren, und wir tun es nicht ausschließlich aus Eigeninteresse, sondern weil uns dieses Land am Herzen liegt, auch wenn wir zu ihm ein ambivalentes Verhältnis haben, nicht erst seit Corona, aber erst recht seit Corona.

Ganz sicher, nicht jedem liegt der Protest auf der Straße. Manch einer hat auch Angst davor, Angst vor Polizeiwillkür, Angst vor Repressalien. Manch einer ist kaum physisch in der Lage, länger als eine Stunde zu laufen oder zu stehen, vielleicht auch noch eingekesselt ... Viele waren nie politisch aktiv, wissen auch gar nicht, wie das geht, haben vielleicht auch Angst vor der eigenen Courage, der eigenen Unzulänglichkeit oder dass man zu viel von ihnen erwarten könnte. Aber darauf kommt es gar nicht an.

Auch in einer Avantgarde muss es eine zweite Reihe geben und eine letzte. Wichtig ist, mitzumachen. Die Dynamik kommt danach und von ganz allein, der Appetit kommt beim Essen.

Wer sich coronakritischen Parteien anschließt oder auf Demonstrationen für seine Grundrechte eintritt, der wird neue Freunde und neuen Mut finden und für Frust, Angst und Entbehrungen entschädigt werden. Wer einen Anwalt, Arzt, Lehrer oder Psychologen seines Vertrauens finden will, wird ihn am ehesten genau dort finden — und sicher auch mal einen Handwerker.

Es ist eine Zeit, in der die Karten neu gemischt werden. Alte, teilweise langjährige Freundschaften sind zerbrochen, manchmal auch bis hinein in die Familie. Aber neue werden sich ergeben ... nur eben nicht automatisch oder zufällig. Es bedarf ein wenig Eigeninitiative.

Auch sonst gibt es viele empfehlenswerte Initiativen. Die **Plattform**

ANIMAP (<https://animap.info/>) hat sich als Antwort auf die Impfpapartheid gebildet. Das alternative Branchen- und Produktverzeichnis für inzwischen fast 7.000 Unternehmen aller Art bietet Ungeimpften freien Zugang zu ihren Produkten und Dienstleistungen. **Regionale Landwirtschaft** (<https://www.heimischelandwirtschaft.de/>), **Hofläden** (<https://www.hofladen-bauernladen.info>) und der Einkauf direkt vom Bauern können und werden eine Alternative für Impfgegner sein, falls sie morgen nicht mehr frei im Supermarkt einkaufen können. Initiativen wie **Mundraub** (<https://mundraub.org>) zeigen, wo man frei zugängliches Obst findest. Die Plattform sieht sich als Anbieter und Missionar für „essbarere Landschaften“.

Für Reisen kann airbnb ein Ausweg sein. Auch wenn man kein Freund amerikanisch dominierter Plattformen ist, so basiert der Urlaub letztlich auf einer sehr persönlichen Beziehung zwischen Anbieter und Reisendem. Und wer sich gut versteht und wiederkommen will, der kann das später auch ohne den Umweg über airbnb tun. Das Angebot ist nahezu grenzenlos und reicht vom gesamten Haus bis zum kleinen Zimmer in einer Wohngemeinschaft.

Es gibt ein Leben im Heute und Jetzt. Und es wird ein noch besseres nach Corona geben. Es liegt an uns!



Toralf Laibtzsch, Jahrgang 1965, wuchs in Leipzig auf und studierte zunächst Wirtschaftsgeschichte in Berlin. Die Wendezeit erlebte er als Pendler zwischen Leipziger Montagsdemos und politischer Unruhe in der Hauptstadt, wo er die Maueröffnung in der Nacht des 9.

November 1989 miterlebte. Zum Neuanfang gezwungen studierte er Betriebswirtschaft in Bremen und England. Die ersten Berufsjahre verbrachte er bei einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und erlebte unmittelbar das letzte Jahr der Treuhandanstalt. Nach seinem Wechsel in die Industrie arbeitet er aktuell als Abteilungsleiter im Finanzbereich eines börsennotierten deutschen Unternehmens.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.